

Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2025

Rede der PETO-Fraktionsvorsitzenden Stefanie Einheuser vom 18.12.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Einnahmen in Höhe von 307,8 Mio. Euro stehen im kommenden Jahr 420,4 Mio. Euro Ausgaben gegenüber. Zugegeben: Der Haushalt steht unter Druck – eine Situation, die wir im erfolgsverwöhnten Monheim am Rhein seit über zwölf Jahren so nicht kannten. Und ja, der Druck, den Haushaltsausgleich wiederherzustellen und eine Überbeanspruchung des städtischen Eigenkapitals zu vermeiden, ist hoch.

Noch höher als der finanzielle Druck erscheint indes der Druck der Oppositionsparteien, aus der aktuellen Lage politisches Kapital zu schlagen. Wie sonst wäre zu erklären, was gerade in den Sozialen Medien und hier im Haus in den Wortbeiträgen im Rat und seinen Ausschüssen passiert? Die politische Rhetorik der Ratsopposition hat sich längst von der Realität und den Fakten entkoppelt.

Genehmigung Nachtragshaushalt

Die CDU fabuliert, Monheim befände sich bereits im Nothaushalt, sämtliche Beschlüsse des Stadtrats stünden unter Vorbehalt und dürften nicht ausgeführt werden. Das ist falsch. Richtig ist: Der Kreis hat das Haushaltssicherungskonzept 2024 aufgrund zweier Formalien nicht genehmigt. Genauso gut hätte der Kreis auch die Auflage machen können, die aus seiner Sicht zu beanstandenden Haushaltspositionen nicht zu bewirtschaften. Eine Genehmigung unter Auflagen ist im Verwaltungsverfahren der Nicht-Erteilung einer Genehmigung eigentlich vorzuziehen. Aber sei es drum, die Einwände des Kreises sind mit dem vorhin gefassten Beschluss behoben. Einer Genehmigung steht jetzt nichts mehr im Weg. Woher die CDU ihre Gewissheiten nimmt, alles stünde unter Vorbehalt, bleibt ihr Geheimnis.

Ich meine: Wenn man bedenkt, wie sehr die CDU im Vorfeld des Haushaltssicherungskonzepts getönt hat, Monheim am Rhein sei auf dem Weg in den Nothaushalt, dann ist es schon verwunderlich, dass die Kommunalaufsicht bei einem Nachtragshaushalt, der ein Volumen von 405 Mio. Euro umfasst, lediglich Positionen im Umfang von knapp über 5 Mio. Euro bemängelt. Zum Haushaltssicherungskonzept hat es gar keine Beanstandung gegeben. Woher auch? – Die rechtlichen Bedingungen, dass das städtische Eigenkapital nicht negativ werden darf und der Haushaltsausgleich in spätestens zehn Jahren wieder hergestellt sein muss, sind eingehalten.

Umgangston der CDU

Doch das interessiert in der CDU offenkundig niemanden. Die Rhetorik wird sogar noch weiter verschärft. Ich stelle mit Sorge fest, dass sich diese politische Rhetorik – ich sagte es bereits – von der Realität entkoppelt hat. Begriffe wie „Verschwendung“, „Nothaushalt“, „Großprojekte“, die die CDU-Fraktion so gerne verwendet, dienen nicht der sachlichen Argumentation oder dem politischen Meinungsstreit. Sie dienen der vermeintlichen Skandalisierung und Emotionalisierung. Garniert werden diese Begriffe dann mit vermeintlichen Fakten, die sich bei näherer Überprüfung als falsch oder zumindest als Halbwahrheiten darstellen.

Ein paar Beispiele aus der Haupt- und Finanzausschusssitzung von letzter Woche: Frau Dr. Linhart behauptete, die Stadt Langenfeld streite gerade darüber, ob man 20 oder 21 Mio. Euro Personalkosten im Haushalt ansetzen solle. In Monheim am Rhein, das von den Einwohnerzahlen betrachtet kleiner sei, würden dagegen 55 Mio. Euro veranschlagt. Ein kurzer Blick in den Haushaltsplan der Stadt Langenfeld belegt, dass diese Aussage falsch ist. Für nächstes Jahr plant Langenfeld mit 64,4 Mio. Euro Personalaufwendungen. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung soll dieser Wert sogar auf knapp 70 Mio. Euro steigen. Das ist mehr als das Dreifache dessen, was Frau Dr. Linhart in ihrer Wortmeldung behauptet hat, und in Wirklichkeit höher als der Monheimer Planansatz.

Herr Gronauer legte nach: Monheim am Rhein verfüge immer noch über 115 Mio. Euro Gewerbesteuerereinnahmen, weise im Haushalt jedoch ein enormes Defizit auf, Langenfeld dagegen käme mit Gewerbesteuerereinnahmen von 60 bis 65 Mio. Euro klar. Abgesehen davon, dass auch der Langenfelder Haushalt ein Defizit ausweist, betragen die tatsächlichen Einnahmen aus der Gewerbesteuer dort 72,7 Mio. Euro. Das ist grundsätzlich nicht weit von der Zahl entfernt, die Herr Gronauer in die Debatte eingebracht hat. Was er jedoch geflissentlich unterschlagen hat, ist die Tatsache, dass Langenfeld im kommenden Jahr nur 48,9 Mio. Euro in die Kreisumlage abgeben muss. Es bleiben also noch 23,8 Mio. Euro für den städtischen Haushalt übrig. Und auch die restlichen Steuereinnahmen der Stadt Langenfeld stehen ihrem Haushalt vollständig zur Verfügung. Monheim am Rhein hingegen wird im kommenden Jahr rund 125 Mio. Euro Kreisumlage zahlen. Das ist – Stand letzter Woche – mehr gewesen, als überhaupt Gewerbesteuer vereinnahmt wird, und es stellt den Vergleich, den Herr Gronauer bemüht hat, in ein gänzlich anderes Licht.

Allgemeine Debattenkultur

Grundsätzlich betrachtet können wir hier im Stadtrat unterschiedliche Auffassungen darüber haben, was gut und richtig für die Stadt ist. Eine lebendige Demokratie hält das nicht nur aus, sie profitiert sogar von dem Austausch von Positionen und Argumenten. Meine Fraktion und ich sind solchen Diskussionen in der Vergangenheit nie aus dem Weg gegangen und wir werden uns auch in Zukunft jeder inhaltlichen Debatte stellen. Wir gehen ja davon aus, dass wir im Sinne der Stadt und der Bürgerschaft handeln. Und für unsere politischen Ziele bewerben wir uns im September um ein weiteres Mandat der Bürgerschaft. Solche Diskussionen, die auch der Bürgerschaft zur Meinungsbildung dienen, müssen allerdings sachlich und redlich geführt werden. Beides – sowohl die Sachlichkeit als auch die Redlichkeit – vermisse ich in den aktuellen Diskussionen.

Die Art und Weise, wie Stimmung gemacht wird, ist anstößig und weckt eine böse Vorahnung auf den Wahlkampf. Das gilt im Übrigen auch dafür, dass der Ortsvereinsvorsitzende der SPD eine Kundgebung gegen die „Verschwendung der PETO“ mitinitiiert und diese Veranstaltung dann von der CDU öffentlich beworben wird.

Wo bleibt hier noch die ehrliche Debatte, der Streit um das bessere Argument? – Es fällt wohl leider aus, weil wir zu dieser Diskussion gar nicht erst eingeladen wurden.

Ich bin es leid, dass führende CDU- und SPD-Mitglieder sich auf Facebook und im Onlineangebot der Rheinischen Post hinter Pseudonymen verstecken und dort versuchen, die Diskussionen mit markigen Beiträgen anzuzünden. Wenn der eben schon erwähnte SPD-Vorsitzende alias Bert Becker mit einem roten Monster aus der Sesamstraße als Profilbild – unterstützt von offenen und verdeckten Profilen aus der CDU – Schmähungen und Falschbehauptungen verbreitet, dann kann man zusehen, wie der demokratische

Meinungsstreit durch schrille Echokammern übertönt wird. Medienwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler nennen das die Empörungsdemokratie. Und die schadet am Ende allen demokratischen Parteien, der Gesellschaft und unserem Gemeinwesen insgesamt. Sie haben es in der Hand, ob Sie die Auseinandersetzung auf diesem Niveau fortsetzen oder wieder zu einem aufrichtigen Meinungsstreit zurückkehren wollen.

Ich persönlich würde es begrüßen, wenn sich die SPD und die CDU, die hier in Monheim am Rhein jeweils bis 1999 und 2009 Verantwortung getragen haben, die in dieser Zeit manches bewegt und für die Stadt durchaus zum Guten verändert haben, wenn sich diese beiden für die politische Kultur wichtigen Parteien nicht weiter als reine Protestparteien auführen würden.

Rückblick Steuerpolitik

Bis Sie diese Überlegungen abgeschlossen haben, werden die PETO-Fraktion und der Bürgermeister gemeinsam mit der Stadtverwaltung ihrer Verantwortung für die Stadt nachkommen. Wir haben seit August eine Vielzahl von Entscheidungen getroffen, die zu einem genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept führen und die Stadt trotzdem weiterentwickeln.

Der Stadt helfen in der aktuellen Situation ihre bilanziellen Rücklagen, die mit 512 Mio. Euro zum letzten Bilanzstichtag gut gefüllt sind. In diesem Zusammenhang muss ich noch einmal an die Rede des Bürgermeisters zur Einbringung des Nachtragshaushalts am 11. September anknüpfen, weil ja gerne so getan wird, als seien die Investitionen und Entscheidungen der Vergangenheit ursächlich für die jetzigen Haushaltsprobleme. Das ist natürlich keineswegs der Fall.

Zur Erinnerung: Seit der Senkung des Gewerbesteuersatzes im Jahr 2012 konnte eine Vielzahl von Unternehmen für eine Ansiedlung in Monheim am Rhein gewonnen werden. Die Anzahl der Arbeitsplätze hat sich laut den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit von früher unter 11.000 auf heute über 19.000 um mehr als 75 Prozent erhöht. Ein sehr offensichtlicher Beleg dafür, dass keine Briefkastenfirmen angesiedelt wurden.

Die Stadt hat seither insgesamt 3,16 Milliarden Euro an Gewerbesteuereinnahmen verzeichnet. Davon wurden rund 75 Prozent als Umlagen an den Kreis, das Land und den Bund abgeführt. Das sind in absoluten Zahlen 2,36 Milliarden Euro, von denen Monheim am Rhein keinen Cent abbekommen hat. Aus den verbleibenden 800 Millionen Euro wurden 416 Millionen Euro in Rücklagen gesteckt, um für Situationen wie die jetzige gewappnet zu sein.

Darüber hinaus haben wir die guten Einnahmen der Stadt genutzt, um zahlreiche Projekte und Entlastungen für Familien und die Bürgerschaft zu finanzieren: Dazu zählt als wichtigster Posten die Entlastung von Familien durch den Verzicht auf Kita- und Ganztagsgebühren im Umfang von 82 Mio. Euro. Auch der Verzicht auf Einnahmen bei der Grundsteuer B ist beachtlich. 55 Mio. Euro hätten die Monheimer Bürgerinnen und Bürger in den letzten 13 Jahren mehr bezahlt, wenn die Stadt stets den für NRW durchschnittlichen Hebesatz erhoben hätte. In den Umbau der Innenstadt sind Zuschüsse in Höhe von 168 Mio. Euro geflossen.

Als PETO-Fraktion schließen wir uns den damaligen Worten des Bürgermeisters an. Auch ich sage: Wir würden es wieder so tun.

Unvermeidbare Belastungen für die Bürgerschaft

Was jetzt passiert, ist eine schwierige Situation. Daran gibt es nichts zu beschönigen. Die Lücke zwischen den Einnahmen und den Ausgaben betrifft den gesamten städtischen Haushalt. Entgegen der wiederholt geäußerten Kritik sind jedoch nicht die Investitionen der vergangenen Jahre für dieses Defizit verantwortlich. Vielmehr liegt das Problem darin, dass die laufenden Ausgaben nicht mehr durch ausreichende Einnahmen gedeckt werden können. Es sind also kurzfristige Maßnahmen nötig, um das Defizit zu reduzieren.

Viele Leistungen für die Bürgerschaft haben bisher die Unternehmen mit ihrer Gewerbesteuer bezahlt. In der aktuellen Situation müssen wir die Bürgerinnen und Bürger leider wieder stärker selbst an den Kosten beteiligen. Dennoch wird das Leben in Monheim am Rhein weiterhin sehr attraktiv bleiben.

Das zeigt der Vergleich der Kosten die eine Beispielfamilie in den verschiedenen Orten des Kreises Mettmann zu tragen hat. Sie kennen die Rechnung, die zuletzt am 2. August in verschiedenen Lokalteilen der Rheinischen Post präsentiert wurde. Eine fiktive Familie, die mit zwei Kindern und einem Hund in einem Einfamilienreihenhaus lebt, zahlt für Grundbesitzabgaben, die Kita, den offenen Ganzttag, den Musikschulbesuch, Bibliothek, Schwimmbad, Hundesteuer, Wasser und Abwasser in Monheim am Rhein derzeit rund 2.200 Euro pro Jahr. Das ist nur rund ein Drittel dessen, was die gleiche Familie mit 6.000 Euro im Durchschnitt in allen übrigen kreisangehörigen Kommunen im Kreis Mettmann zahlen müsste.

Durch die geplante Grundsteuererhöhung steigen die Kosten der Monheimer Beispielfamilie ab dem nächsten Jahr auf 3.350 Euro. Das ist dann immer noch nur etwas mehr als die Hälfte dessen, was die gleiche Familie in den anderen Städten im Kreis zahlen müsste.

Die jetzt schon sichtbaren Grundsteuererhöhungen in den anderen Kreisangehörigen Kommunen sind in diesen Vergleich noch gar nicht eingerechnet. Sie haben es der Vorlage für die Hebesatzsatzungen entnommen: Mit Heiligenhaus, Mettmann, Velbert und Wülfrath gehen schon vier der neun übrigen Städte im Kreis mit der Grundsteuer B auf Hebesätze über 900 Punkte. Mit der optionalen Besteuerung von Nicht-Wohngrundstücken gehen Wülfrath, Erkrath und Hilden mit 1744, 1309 und 1300 Punkten sogar weit über unseren Hebesatz hinaus. Entgegen den Darstellungen von Haus und Grund und anderen Interessenverbänden werden sich die Monheimer Hebesätze für die Grundsteuer damit durchaus im Umfeld der Hebesätze anderer Kommunen bewegen.

Auch Familien werden demnächst mit zusätzlichen 35 Euro pro Kind und Monat für das Mittagessen in den Kitas und Grundschulen belastet, aber alle Familien, die Sozialleistungen beziehen, kriegen diese Kosten ersetzt und wir schaffen es mit dem vorliegenden Haushalt auch weiterhin auf die Erhebung von Betreuungsgebühren zu verzichten. Damit wird die Stadt sich auch in Zukunft zu Recht als Hauptstadt für Kinder bezeichnen können.

Sparpaket

Zu den Steuer- und Gebührenerhöhungen kommt ein sehr umfangreiches Sparpaket für die kommenden Planungsjahre bis 2035. Das von der Stadtverwaltung erarbeitete und von uns im Detail beratene Sparpaket betrifft alle Bereiche des städtischen Haushaltes. Die Anzahl

der Einzelmaßnahmen ist groß und mit einzelnen Betroffenheiten verbunden. Einige Beispiele sind: Durch die Beseitigung des Sanierungsstaus der letzten Jahrzehnte befindet sich die städtische Infrastruktur in so einem guten Zustand, dass Instandhaltungsmaßnahmen vorübergehend zurückgefahren werden können, ohne die geschaffene Substanz zu gefährden.

Die geplante Personalreduktion um rund 8% bis zum Jahr 2026 wird durch Fluktuation und ausbleibende Nachbesetzung von offenen Stellen erzielt werden und trägt ab 2026 mit einer Einsparung von jährlich 5 Mio. Euro zur Haushaltskonsolidierung bei.

In Summe belaufen sich die Sparmaßnahmen ab dem Jahr 2026 auf jährlich rund 30 Mio. Euro. Eine drohende Überschuldung der Stadt ist damit abgewendet. Leistungen wie die die Kita- und die OGS-Gebührenfreiheit, der kostenlose Nahverkehr reiche Angebote im Freizeit- und Kulturbereich werden beibehalten.

Auch die geplanten Investitionen der Stadt unter anderem in den Bereich Bildung werden auf der Grundlage dieser Planungen fortgeführt.

Schulzentrum Berliner Ring

Mit dem vorliegenden Haushaltsplan geben wir 151 Mio. Euro für das Schulzentrum am Berliner Ring frei. Das ist auch dringend nötig. Nicht nur sind die Schülerzahlen am Campus gestiegen, sondern die dortige Gesamtschule startet ab den Sommerferien 2025 ihre eigene Gymnasiale Oberstufe. Die Schülerinnen und Schüler, die vor fünf Jahren in die fünfte Klasse aufgenommen wurden, besuchen mittlerweile die zehnte Klasse. Es ist logisch, dass die Gesamtschule für ihre neue Oberstufe adäquate Räume braucht. Hinzu kommt, dass heute deutlich mehr Schülerinnen und Schüler die weiterführenden Schulen besuchen, als das noch vor zehn Jahren der Fall war. Das Schulzentrum wurde ursprünglich für eine vierzügige Realschule und ein sechszüdiges Gymnasium, beide als Halbtagschulen, konzipiert. Heute sind sowohl das Gymnasium als auch die Gesamtschule siebenzünftig. Das ist ein Zuwachs von 40 Prozent. Rechnet man die zusätzliche Oberstufe hinzu, ergibt sich ein Raumbedarf, der mehr als anderthalb Mal so groß ist wie früher.

Die Rechnung für den Bedarf an Unterrichtsräumen kann man auch eins zu eins auf die die Sporthalle übertragen. Hier wird in der Öffentlichkeit immer wieder der Eindruck erweckt, die neue Achtfachturnhalle wäre überdimensioniert, Sinnbild für den vermeintlichen „Größenwahn des Bürgermeisters“. Fragen Sie doch einfach mal die beiden Schulleitungen, ob sie das genauso sehen. Da werden sie nur ungläubiges Kopfschütteln ernten. Zum Zeitpunkt, als in der Schulentwicklungsplanung ein Bedarf von sieben Sporthallensegmenten ermittelt wurde, war die Gesamtschule noch sechszüdig geplant. Heute, mit dem siebten Zug, wird das achte Segment, das wir glücklicherweise schon eingeplant hatten, für den regulären Schulsport benötigt. Das die ausführende Baufirma damit wirbt, die erste Achtfachturnhalle Europas zu bauen, muss uns nicht interessieren. Wir haben uns diese Bezeichnung weder ausgesucht noch haben wir diesen Titel angestrebt. Wir bauen einfach das, was für den Bedarf der Schulen erforderlich ist. Wir sorgen dafür, dass alle Schulen, geeignete Räume und ein ansprechendes Lernumfeld haben. Und das bereits fertiggestellte Schulzentrum Lottenstraße und die neuen Grundschulen Bregenzer Straße und Pfingsterfeld zeigen, dass wir das sehr erfolgreich tun.

Es ist schon verrückt, dass die CDU-Fraktion die Planung am Berliner Ring einfach aussetzen will. Wenn ich mich richtig erinnere, haben sich mindestens zwei der derzeit aktiven

Ratsmitglieder der CDU-Fraktion im Förderverein des Otto-Hahn-Gymnasiums engagiert. Ich kann nicht verstehen, dass ein solcher Antrag, der die Arbeit sowohl der Gesamtschule als auch des Gymnasiums massiv behindern würde, von Ihnen eingebracht und unterstützt wird. Ein Aufschieben der Planung würde bedeuten, dass sich die aktuelle Nutzung von Containern nicht nur verlängern würde, sondern dass in den nächsten Jahren für die dann zusätzlichen Klassen auch noch deutlich mehr Container benötigt würden. Und die fehlenden Fachräume waren damit überhaupt nicht dargestellt.

Machen Sie sich eigentlich irgendwelche Gedanken, bevor Sie solche Anträge stellen? Es ist schon grotesk, wie rücksichtslos Sie mit den Interessen der Stadt und auch den Hoffnungen und Bedürfnissen der Bürgerschaft bzw. in diesem Fall der Schulen umgehen, nur weil Sie glauben, der PETO-Fraktion oder dem Bürgermeister mit diesen Anträgen etwas auswischen zu können.

Das ist nicht unser Verständnis von Politik – schon gar nicht heute, da wir die Verantwortung tragen, aber auch nicht als wir bis 2009 selbst in der Oppositionsrolle waren.

Schulen und Kitas

Wir sorgen, ich sagte es bereits, für eine zuverlässige Schulpolitik. Wir haben in der Vergangenheit beste Bedingungen geschaffen. Das gilt für die räumliche Situation und das gilt auch für die Ausstattung mit Lernmaterialien. Die Ausstattung der Schulen mit digitaler Infrastruktur und die iPads für alle Schülerinnen und Schüler gilt bundesweit als vorbildlich – letzteres übrigens auch so ein Punkt, gegen dessen Einführung die CDU sich damals mit Händen und Füßen gewehrt hat. Die Schülerinnen und Schüler könnten ja, die Handschrift verlernen, war damals die absurde Kritik.

Neben dem schon erwähnten Schulzentrum am Berliner Ring planen wir im Haushalt mit weiteren 27 Mio. Euro für die Peter-Ustinov-Gesamtschule. Der Neubautrakt wird im kommenden Jahr planmäßig fertiggestellt. Im Anschluss geht es noch mit dem Umbau im Bestand weiter.

Für die Hermann-Gmeiner-Schule werden wir noch 26 Mio. Euro bereitstellen, 15 Mio. Euro für die Armin-Maiwald-Schule. Die neue Kita am Kirberger Hof schlägt noch mit 7 Mio. Euro zu Buche.

Insgesamt sind für Schulen und Kitas mehr als 230 Mio. Euro an Investitionen geplant – so viel vielleicht dann zum Thema „Verschwendung“ durch die PETO-Fraktion.

Monheim Mitte

Ebenfalls können rentable Investitionen bei den städtischen Tochterunternehmen fortgeführt werden. Dazu zählen zum Beispiel der Bau von weiteren 500 Wohnungen durch die Monheimer Wohnen oder auch der dritte Bauabschnitt in Monheim Mitte, für den bereits Mietverträge mit einem Elektrofachmarkt und einem Möbelmarkt unterzeichnet werden konnten.

Als PETO-Fraktion sind wir stolz auf den bisher durchgeführten Innenstadtumbau und auch auf die enorme Geschwindigkeit. Das Rathauscenter wurden erst vor sechs Jahren von der Stadt gekauft, gleichzeitig haben wir die Umbauplanung in Auftrag gegeben und mit der

Monheimer Einkaufszentren GmbH eine leistungsfähige Struktur geschaffen, um neue Geschäfte für die Innenstadt zu finden.

Der Baustart für das Rathauscenter erfolgte nur zwei Jahre später. Wieder zwei Jahre später konnten die Ladenflächen für Einzelhandel und Gastronomie fertiggestellt werden. Wir haben im gleichen Jahr (2022) mit den Bauarbeiten am Monheimer Tor begonnen, die auch jetzt wieder nach nur zwei Jahren Bauzeit zur Eröffnung Anfang Oktober geführt haben. Das Modehaus Robert Ley und das Hotel folgen noch im März.

Die neue Monheimer Mitte ist schon jetzt ein Quantensprung im Vergleich zu der Situation, wie sich die Innenstadt vorher präsentiert hat.

Bei der Wiedereröffnung des Monheimer Tors hat Daniel Zimmermann die frühere Bürgermeisterin und heutige Ehrenbürgermeisterin Ingeborg Friebe zitiert. Sie sagte 1992 in ihrer Grußbotschaft zum neuen Jahr und kurz vor der Eröffnung des Rathaus-Centers: „Nach Fertigstellung wird das Rathaus-Center [...] jene, die bei der Planung von Gigantomanie sprachen, eines Besseren belehren. Im Gegenteil: Es wird das pulsierende Herz unserer Stadt sein und sich belebend auswirken.“

Es ist schon interessant, wie sich die Geschichte wiederholt. Damals wie heute gab es Menschen in der Politik und der Bürgerschaft, die sich gegen jede Veränderung ausgesprochen haben. Wie gut, muss man im Nachhinein sagen, dass es damals und heutzutage Mehrheit gab und gibt, die diese Veränderungen als eine Chance ansehen.

Während wir den Umbau des Rathauscenters mit unseren Stimmen und der Stimme des Bürgermeisters noch alleine beschlossen haben, konnten wir für den Umbau des Monheimer Tors immerhin noch die FDP gewinnen. In Bezug auf den dritten Bauabschnitt stehen wir dann wieder alleine da.

Bisher sind 347 Mio. Euro in die neue Innenstadt geflossen. In diesen Gesamtausgaben sind der Ankauf des Rathauscenters, des Monheimer Tors, der Ladenlokale auf der Heinestraße und am Eierplatz, verschiedene Wohnungen in den Obergeschossen, die Umgestaltung der Gebäude, die Freianlagen, die Kunstwerke und das Moki-Zentrum enthalten.

Von diesen insgesamt 347 Mio. Euro sind 100 Mio. Euro, also 29 Prozent in den städtischen Tochtergesellschaften durch Kredite finanziert und weitere 78 Mio. Euro (Das sind 23 Prozent.) durch städtisches Eigenkapital. Diese zusammen 52 Prozent oder 179 Mio. Euro sind der rentable Teil des Investments. Sie finanzieren sich komplett aus den Mieteinnahmen. Die übrigen 48 Prozent bzw. 168 Mio. Euro der Baukosten hat die Stadt dazugegeben. Auch dieser Anteil ist letztlich kreditfinanziert.

Wenn man also darüber streiten möchte, warum die Stadt in den letzten Jahren Schulden gemacht hat, dann ist der Hauptgrund dafür im Umbau der Innenstadt zu suchen.

Was jedoch durch die einseitige Fokussierung auf Kredite aus dem Blick gerät, sind zum Einen die Gegenwerte, die in den letzten Jahren als städtisches Vermögen entstanden sind, und zum Anderen die nicht unwichtige Tatsache, dass diese Investitionen Erträge abwerfen. In der Monheimer Innenstadt sind das mehrere Millionen Euro an jährlichen Mieteinnahmen.

Dass die Oppositionsfraktionen sich ausschließlich auf Kredite fokussieren, aber nicht in den Blick nehmen, welche Erträge die Investitionen auf der Einnahmeseite bringen, ist eine unzulässige argumentative Verkürzung.

Fazit

Bleibt zum Schluss noch der Streit, ob die Gewerbesteuereinnahmen in den nächsten Jahren wieder steigen werden. Wir gehen davon aus, weil wir uns in den letzten Jahren immer auf die Prognosen der wichtigen gewerbesteuerzahlenden Unternehmen verlassen konnten. Entgegen der immer wieder aufgestellten Behauptung hat auch bisher keins der relevanten Unternehmen der Stadt Monheim am Rhein den Rücken gekehrt. Mit der Beibehaltung des günstigen Hebesatzes werden wir vorhandene Gewerbebetriebe am Standort halten und neue, zusätzliche gewerbesteuerzahlende Unternehmen in Monheim am Rhein ansiedeln. Dazu braucht es eine starke Wirtschaftsförderung, dazu braucht es auch Öffentlichkeitsarbeit. Deshalb wäre es absolut unvernünftig und kontraproduktiv, in diesen Bereichen wie von der CDU vorgeschlagen einen Großteil des Personals abzubauen. Es wäre auch ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten, die diese Aufgabe bisher wahrnehmen.

Sobald die Gewerbesteuereinnahmen wieder steigen, werden wir die erzielten Überschüsse wie in der Vergangenheit seit 2012 durch Steuer- und Gebührensenkungen an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben können. Dafür ist nach dem jetzigen Stand der Planung bis 2030 aber kein Raum.

Trotzdem denke ich, dass wir mit dem Haushaltssicherungskonzept die richtige Antwort auf die aktuelle Krise gefunden haben. Wir erhalten die hohe Lebensqualität, bremsen die entstehenden Defizite und setzen den begonnen Stadtumbau fort. Und ich bin überzeugt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der nächsten Kommunalwahl diesen Weg, den es nur mit der PETO-Fraktion gibt, unterstützen werden.

Der Haushalt trägt trotz der Notwendigkeit zu sparen die politische Handschrift der PETO-Fraktion und ihres Bürgermeisters. Er ist für eine Stadt geschrieben, die sich infrastrukturell weiterentwickelt; eine Stadt, die Bildung und das gesunde Aufwachsen von Kindern als Priorität ansieht; für eine soziale Stadt; eine Stadt, die Kunst und Kultur fördert; eine lebenswerte Stadt, die im weiterhin die Grundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung legt; eine klimafreundliche Stadt; und eine Stadt, die attraktiv für Unternehmen und für Menschen aus der Region bleibt.

Alle übrigen Fraktionen sind eingeladen, an der Weiterentwicklung Monheims mitzuwirken, insbesondere aber wieder zu einer sachlichen Diskussionskultur zurückzugehen. Ich habe es vorhin schon gesagt: Die Empörungsdemokratie schadet nicht nur uns, sondern allen demokratischen Kräften. Deshalb sollten Sie dieses Vorgehen schleunigst beenden.

Als PETO-Fraktion sorgen wir dafür, dass die Stadt trotz der angespannten Haushaltslage ihre Möglichkeiten nutzt, dass wichtige Veränderungen weiterverfolgt werden und wir damit die Voraussetzungen für zukünftige wirtschaftliche Erfolge schaffen.

Der Haushalt bildet die Grundlage für die Erreichung unserer politischen Ziele. Er ist verantwortungsbewusst, solide und setzt die richtigen Prioritäten. Wir sind uns sicher, dass Monheim am Rhein auch weiterhin auf dem richtigen Weg ist.

Den Beschäftigten der Stadtverwaltung danke ich für die gute Zusammenarbeit und Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.